

vbb magazin

9

September 2023 • 62. Jahrgang



Zeitschrift des Verbandes
der Beamten und Beschäftigten
der Bundeswehr



Taskforce Personal

Seite 4 <

Bundsvorsitzende
im Spitzengespräch
mit Boris Pistorius

Seite 8 <

Dynamisierung der
Einkommensgrenze

> Editorial



© Friedhelm Windmüller

Liebe Kolleginnen,
Liebe Kollegen,

allmählich kommt Bewegung in das Thema Personal.

Minister *Pistorius* hatte auf der Leitungsklausur vor der Sommerpause entschieden, im Bereich der Personalgewinnung mehr Regionalisierung und Dezentralisierung zu implementieren. Die Nähe zu den Menschen soll den Erfolg in der Fläche bewirken. Diese Entscheidungen entsprechen den Forderungen des VBB und wir begrüßen sie ausdrücklich.

Es gibt eine Tatsache, der wir ins Auge schauen müssen: Die regionale Verbundenheit ist oftmals so groß, dass lieber der Bundesdienst quittiert wird, als einen Dienstposten fern der Heimat anzutreten. Bei der aktuellen Nachfragesituation ist der Wechsel zum Land oder zur Kommune keine Seltenheit mehr. Die Personalgewinnung muss den Spagat zwischen den Wünschen der Bewerber und dem Bedarf der Bundeswehr leisten. Das wird zunehmend schwerer. Natürlich

müssen Bundesbeamte und -beamtinnen grundsätzlich bundesweit versetzbar sein. Aber Flexibilität in der Einplanung seitens des zukünftigen Dienstherrn wird eine immer größere Rolle spielen. Auch bei der Personalbindung – abhängig von den Statusgruppen – ist die Bundeswehr in schwierigem Fahrwasser. Die Personalgewinnung und die Personalbindung sind daher die Megathemen der Bundeswehr in dieser Zeit.

Aus diesem Grund hat Staatssekretär *Hilmer* am 15. August die sog. Taskforce Personal eingerichtet. Die Arbeit der Taskforce ist bis Ende 2023 terminiert. Sie soll diejenigen Stellschrauben identifizieren und – soweit möglich – umsetzen, die in der Praxis nötig sind, um die Erfüllung der Vorgaben des Ministers aus der Leitungsklausur zu gewährleisten. Mit der Leitung der Taskforce sind eine Kollegin und ein Kamerad aus der Führungsebene des BAPersBw beauftragt worden. Das ist damit zu begründen, dass es im Wesentlichen um Fragen der Umsetzung geht. Nach dem Erlass berichtet die Taskforce dem Staatssekretär unmittelbar und direkt und wird unterstützt durch die fachliche Expertise aus dem Bereich des GenInsp, des Stabs InfoA sowie der Abteilungen P, FüSK und Recht/Organisation.

Die Nachfrage bei Staatssekretär *Hilmer*, ob es mit dem Einsetzen dieser Arbeitsgruppe zu einem weiteren Zeitverzug kommt, weil die Ergebnisse erst Ende des Jahres festgelegt werden sollen, wurde mit einem klaren „Nein“ beantwortet. Alles, was der AG sozusagen entscheidungsreif und zügig umsetzbar erscheint, soll auch zügig umgesetzt werden. Sicherlich kann dabei auch auf einige Vorschläge aus der Bestandsaufnahme der vorherigen Ministerin zurückgegriffen werden, die ab Oktober letzten Jahres mit ihren Regionalkonferenzen ein Lagebild über den Handlungsbedarf erarbei-

> Impressum

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle des VBB, Baumschullallee 18 a, 53115 Bonn. **Telefon:** 0228.38927-0. **Telefax:** 030.31174149. **Redaktion:** Bundesgeschäftsstelle des VBB. **Internet:** www.vbb-bund.de. **E-Mail:** mail@vbb-bund.de. **Herausgeber der dbb seitens:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Leitender Redakteur:** Jan Brenner (br). **Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift erscheint 10-mal im Jahr und ist für VBB-Mitglieder im Beitrag eingeschlossen. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 38,10 Euro zzgl. 7,90 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 4,40 Euro zzgl. 1,70 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Versandort:** Geldern. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen. **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen. **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 64** (dbb magazin) und **Preisliste 48** (vbb magazin), gültig ab 1.1.2023. **Druckauflage:** dbb magazin: 552782 (IVW 2/2023). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **ISSN 0521-7814**

> vbb

- > Bundesvorsitzende im Spitzengespräch mit Boris Pistorius 4
- > Im Austausch mit Staatssekretär Hilmer 5
- > Austausch mit MdB Dr. Weingarten 5
- > Zu Besuch beim Abteilungsleiter IUD 5
- > VBB beim Tag der Bundesregierung 2023 6
- > Personalmangel so groß wie nie – BMVg will eigene Ausbildungswerkstätten der Bundeswehr abgeben 6
- > „Erfolg braucht manchmal Zeit und Engagement“ 8
- > Dynamisierung der Einkommensgrenze für berücksichtigungsfähige Ehegattinnen und Ehegatten sowie Lebenspartnerinnen und Lebenspartner zum 1. Januar 2024 8
- > Sichern Sie Ihre Zukunft mit dem neuen Vorsorge-Check der DBV 9
- > Arbeitnehmer:innen im VBB 10
- > Bundeswehrfeuerwehr 10
- > Seminare 11
- > Bundesschwerbehindertenvertretung 12
- > Aus unseren Bereichen und Landesverbänden 13
- > Personalnachrichten 22

> dbb

- > Interview – Stephan Weil, Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz: Wir erleben gerade einen sehr aktiven Staat 24
- > Blickpunkt – Wahlrecht für Jugendliche: Welches Wahlalter ist angemessen? 26
- > Analyse – Protestkultur: Kein neuer Radikalisierungstrend nach Corona 30
- > Brennpunkt – Demokratieforschung: Warnsignale müssen ernst genommen werden 32
- > Frauen – Gleichstellung: Starke Politik braucht starke Frauen 35
- > Nachgefragt – Prof. Dr. Claus Leggewie, Justus-Liebig-Universität Gießen: Die globale Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Autokratie findet jetzt statt 38
- > dbb Podcast „DienstTag“: „Durch den Klimaschutz ändert sich mein Selbstbild als Försterin“ 46

ten ließ. Der Abschlussbericht wurde im Januar 2023 vorgelegt.

Was tut sich im Bereich der Gesetzgebung?

Das BMVg wurde durch zwei Entscheidungen der Wehrdienstsenate des Bundesverwaltungsgerichts gezwungen, die Förderung freigestellter oder beurlaubter Soldatinnen und Soldaten, die bislang nur auf dem Erlasswege geregelt war, wegen des Wesentlichkeitsgebotes gesetzlich zu regeln. Das Wesentlichkeitsgebot sagt vereinfacht aus, dass wesentliche statusrechtliche

Angelegenheiten gesetzlich geregelt werden müssen.

Ein Gesetzentwurf des BMVg liegt vor und wird von dem VBB mitgetragen. Der VBB hat aus Gründen der Rechtssicherheit jedoch dringend empfohlen, auch die Förderung von freigestellten oder beurlaubten Beamtinnen und Beamten gesetzlich zu regeln,

denn hier gibt es eine sehr unübersichtliche Regelungslage. Zwar regelt § 33 Abs. 3 Bundeslaufbahnverordnung (BLV) einige Anwendungsfälle. Ansonsten wird jedoch auf der

Grundlage einer ziemlich ungenauen Formulierung in einer Allgemeinen Verwaltungsvorschrift (also einem Erlass) des BMI gearbeitet. Dies entspricht nach Auffassung des VBB keinesfalls dem Wesentlichkeitsgebot des Grundgesetzes. Im Übrigen hat das Bundesverwaltungsgericht von dem BMI bereits hinsichtlich anderer statusrechtlicher Regelungen in der BLV eine Aufnahme im Bundesbeamtengesetz gefordert.

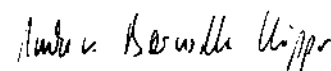
Mit folgendem Beispiel haben wir unsere Forderung konkretisiert:

Soldatinnen und Soldaten erhalten – nun gesetzlich geregelt – eine Förderung, wenn sie im dienstlichen Interesse unter Wegfall der Dienst- und Sachbezüge beurlaubt sind.

Für Beamtinnen und Beamte sieht die BLV eine Förderung unter Verweis auf § 6 der Sonderurlaubsverordnung nur vor, wenn eine Tätigkeit bei internationalen Einrichtungen ausgeübt wird. Die Beurlaubung im dienstlichen Interesse zu einer privatisierten Gesellschaft ist – im Gegensatz zum Soldatengesetz – nicht erfasst.

Hier sehen wir Handlungsbedarf, um Rechtssicherheit und Transparenz zu schaffen. Die Amtsseite sieht das leider bislang nicht so und zwingt die Betroffenen damit, den Rechtsweg zu beschreiten – schade!

Ihre



Imke v. Bornstaedt-Küpper,
Bundesvorsitzende

Bundesvorsitzende im Spitzengespräch mit Boris Pistorius

Die Bundesvorsitzende des VBB, Imke v. Bornstaedt-Küpper, kam am 26. Juli 2023 zum Spitzengespräch mit Bundesminister Boris Pistorius im BMVg in Berlin zusammen.

Als mitgliederstärkste und maßgebliche Berufsorganisation des Zivilpersonals im Geschäftsbereich des BMVg ist der VBB ein regelmäßiger Gesprächspartner und ein aktiver Unterstützer bei der Entscheidungsfindung auf höchster Ebene.

Die Diskussion konzentrierte sich vor allem auf drängende Themen aus dem Bereich der Personalpolitik, die für die Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr von besonderer Bedeutung sind. Im Rahmen des Treffens brachte der VBB konstruktive Ideen und Anregungen ein und setzte sich dafür ein, die Interessen der Mitarbeiterinnen und Mit-

arbeiter der Bundeswehr angemessen zu vertreten. Die Zukunft der Bundeswehr hängt in hohem Maße von einer motivierten und gut aufgestellten Belegschaft ab, und der VBB wird sich immer dafür einsetzen, dass die Interessen des Zivilpersonals angemessen berücksichtigt werden.

Imke von Bornstaedt-Küpper betonte die Bedeutung eines starken Dialogs zwischen dem VBB und dem Bundesministerium der Verteidigung. „Unser Verband ist bestrebt, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Führungsspitze des BMVg zu pflegen, um die Belange unserer Mitglieder effektiv zu vertreten“, erklärte die



© BMVg/Steve Eibe

Bundesvorsitzende. „Indem wir aktiv an den Diskussionen teilnehmen, können wir sicherstellen, dass die Perspektiven und Anliegen des Zivilpersonals angemessen berücksichtigt werden.“

Das Spitzengespräch mit Bundesminister Boris Pistorius markiert einen weiteren

Schritt in Richtung einer konstruktiven und zielorientierten Zusammenarbeit zwischen dem VBB und der Führungsspitze des Bundesministeriums der Verteidigung. Der Verband bleibt seinem Auftrag verpflichtet und wird auch in Zukunft die Stimme des Zivilpersonals der Bundeswehr wirkungsvoll vertreten. ■

Im Austausch mit Staatssekretär Hilmer

Zu einem Austausch über Personalthemen trafen sich StS Hilmer und die Bundesvorsitzende des VBB, Imke v. *Bornstaedt-Küpper*, im sommerlichen Berlin.

Ausführlich erläuterte der StS die Arbeitsweise der neuen Taskforce Personal. Sie soll bereits in der Arbeitsphase Ergebnisse absteuern und nicht erst am Ende des Jahres Ergebnisse vorschlagen.

Der VBB hat nochmals deutlich gemacht, dass im Bereich der Personalgewinnung und -bindung schnelle Ergebnisse nötig sind, um die Attraktivität der Bundeswehr auch für Zivilbeschäftigte zu steigern. ■



Austausch mit MdB Dr. Weingarten

Am 17. Juli 2023 tauschte sich die Bundesvorsitzende des Verbandes der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr, Imke v. *Bornstaedt-Küpper*, mit dem Mitglied des Verteidigungsausschusses, MdB Dr. Joe Weingarten, aus.



Das Treffen fand im Wahlkreis in Idar-Oberstein statt, fernab des straffen Terminkalenders einer Sitzungswoche in Berlin. Die Themenspanne reichte von der allgemeinen Personallage über die zivile Bundeswehrfeuerwehr bis zu der Ausbildungswerkstatt der HIL GmbH. Über deren Nutzen für die Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr waren sich die Gesprächspartner einig. ■

Zu Besuch beim Abteilungsleiter IUD

Am 8. August tauschte sich die Bundesvorsitzende des VBB, Imke v. *Bornstaedt-Küpper*, mit dem Abteilungsleiter IUD, Dr. Alexander Götz, aus.

Er ist erst seit wenigen Monaten im Amt. Als Abteilungsleiter im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport war Dr. Götz auch für den Brand- und Katastrophen-

schutz zuständig gewesen, sodass sich die Gesprächspartner intensiv über die Bundeswehrfeuerwehr austauschen konnten. Weitere Gespräche sind vereinbart. ■

